



Februar und März 2015 stehen unter dem Sternzeichen „Tarifverhandlungen“

Alle zwei Jahre wieder finden die Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder statt, nachdem im Jahr zuvor die Tarifverhandlungen im Bund und in den Kommunen stattgefunden haben. Diese Systematik führt dazu, dass neben den Grundsätzen der unterschiedlichen Tarifverträge (Bund und Kommunen/Land) stets unterschiedliche Gehälter bei den Tarifbeschäftigten bezahlt werden. Früher (als vieles vielleicht noch besser war) gab es zum Beispiel einen Tarifvertrag für die Angestellten, der bundesweit – auch in den Ländern und Kommunen – gültig war. Die Kampfkraft und Tarifmächtigkeit war damals natürlich ungleich höher als heute.

Umso wichtiger ist es, die Kräfte der BBW-Gewerkschaften zu bündeln und mit klugen Aktionen auf die berechtigten Forderungen aufmerksam zu machen. In Baden-Württemberg arbeiten circa 350 000 Tarifbeschäftigte, davon sind circa 130 000 beim Land beschäftigt. In vielen Bereichen läuft ohne Tarifbeschäftigte nichts. Die Außenwirkung eines Streiks in den Datenstationen oder beim Büropersonal ist sehr gering. Eine Wirkung auf die Bevölkerung kann aber alle-



> Martin Schuler DPoLG Landesvorstandsmitglied und Vorsitzender des BBW Arbeitnehmersausschusses kämpft um Solidarität.

mal erzielt werden. Denn gerade diese hat schon längst erkannt, dass man sich als Tarifbeschäftigter in der Polizei keine Reichtümer anhäufen kann.

Die Einkommensentwicklung bei den Ländern ist seit 2000 um gut drei Prozentpunkte hinter der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben. Und das, obwohl genügend Geld vorhanden ist. Für die Länder wird für das Jahr 2014 mit einem Steuerplus von 4,0 Prozent und für 2015 von 2,7 Prozent gerechnet. Deutliche Entgelterhöhungen sind nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern angesichts der Rezession in weiten Teilen Europas auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Gerade angesichts der Gefahr einer Deflation kommt den Löhnen für die Stärkung der Kaufkraft im Binnenmarkt eine Schlüsselrolle zu.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder und gerade in der Polizei erbringen täglich für unsere Gesellschaft notwendige, engagierte und kompetente Dienstleistungen. Die steigenden Anforderungen

verlangen Einkommenserhöhungen, die steigenden Belastungen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das ist nicht nur gerecht, sondern auch Anerkennung und Würdigung der Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder.

Nach sogenannten Mittagspausenaktionen unter der Beteiligung von mehreren Hundert Kolleginnen und Kollegen, hat man am 11. März 2015 zu landesweiten Warnstreiks aufgerufen. Wichtig dabei ist die Solidarität, die man auch als Beamter den tarifbeschäftigten Kollegen/-innen entgegenbringen kann. Gerade vor dem Hintergrund, dass Tarifergebnisse in der Regel auf Beamte übertragen werden und der Finanzminister Nils Schmid (SPD) an seiner Absicht festhalten will, abermals das Ergebnis nur zeitversetzt zu übertragen. Schmid spricht von einer Verzögerung von einem Jahr. Schlimmer noch, meint es der „grüne“ Ministerpräsident. Kretschmann will eine Nullrunde für die Beamte/-innen. Beide haben im Haushalt nur eine Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent vorgesehen.

In der vergangenen Tarifrunde bedeutete die Verzögerung beispielsweise für eine Polizeiobermeisterin eine Kürzung um 40 Prozent eines Monatsgehalts, eine Steuerbeamtin oder ein Hauptschullehrer büßte 60 Prozent eines Monatsgehalts ein und für einen Juristen oder eine Oberstudienrätin bedeutete dies 70 Prozent weniger. Das sind Beträge zwischen 1 000 und 3 000 Euro, die den Kolleginnen und Kollegen vor-enthalten wurden.

Bei den Tarifverhandlungen sind unser Landestarifbeauftragte Manfred Riehl sowie der DPoLG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack unmittelbar eingebunden. Sie kennen nicht nur die Situation und die Bedürfnisse unserer Tarifbeschäftigten, sondern werden sich auch persönlich für ein gutes Ergebnis einsetzen. Vielleicht haben sie es ja bis zur Veröffentlichung dieses Artikels bereits geschafft! ■

> WIR FORDERN

- > Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5 Prozent
- > Mindestens eine soziale Komponente von 175 Euro
- > Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro
- > Laufzeit zwölf Monate
- > Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- > 30 Tage Urlaub für alle Auszubildenden
- > Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- > Wegfall der sachgrundlosen Befristung

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.5710
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.245141
Telefax 0711.2361053
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Tarifverhandlungen – DPolG/Beamtenbund zeigt mit Mittagspausenaktion Streikbereitschaft

Wer die Tarifverhandlungen in der Vergangenheit verfolgt hat, kennt das Spiel. Erste Verhandlungsrunde – kein Angebot, zweite Verhandlungsrunde – kein Angebot ...

Um zwischen der 1. und 2. Verhandlungsrunde den Druck auf

in der Kombination und für unterschiedliche Anlässe bundesweit praktiziert wird.

Unter der Leitung von Manfred Riehl, Michael Schöfer, Martin Schuler und der üblichen Unterstützung durch Jörg Timmann von der Landesgeschäftsstelle

ße. Beamte sind bereit, für Protestaktionen Freizeit zu opfern, und Tarifbeschäftigte machen keinen Hehl daraus, dass sie im Notfall auch bereit sind, für die Tarifforderung ihrer Organisation zu streiken – ein klares Signal nach Potsdam und Stuttgart.

beauftragter Manfred Riehl. Er warnt die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherrn gleichermaßen: „Wenn die nicht endlich begreifen, dass sie in ihr Personal investieren müssen, sieht es in Deutschland schon bald ziemlich düster aus.“



die Arbeitgeber zu erhöhen und dennoch die Friedenspflicht nicht zu verletzen, versuchen die Gewerkschaften durch einfallsreiche Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Schon vor Jahren hatte der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Ralf Kusterer eine Mittagspausenaktion (mit Würstchen) initiiert, die heute

hatte in den vergangenen Wochen die DPolG Baden-Württemberg zu verschiedenen Mittagspausenaktionen aufgerufen, um vor Ort auf ihre Forderungen bei den Tarifverhandlungen aufmerksam zu machen.

Tarifbeschäftigte und Beamte in ihrer Mittagspause gingen solidarisch vereint auf die Stra-

An den DPolG-Ständen, wo es neben Infomaterial auch Essbares gab, versammelten sich nicht nur DPolG-Mitglieder. „Wir haben die Kolleginnen und Kollegen aus anderen BBW-Gewerkschaften und Verbänden aufgerufen, gemeinsam mit uns für gerechten Lohn für gute Arbeit zu streiten“, sagt DPolG-Landestarif-

Gekommen waren Polizisten, Beschäftigte der Forstverwaltung, Kolleginnen und Kollegen aus dem Straßenverkehrsdienst, der Finanzverwaltung, aber auch Lehrer und Beamte aus allen Verwaltungsbereichen, die ihre Mittagspause nutzten, um mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich Flagge zu zeigen. ■



DPolG Offenburg gut aufgestellt



DPolG BaWü

> Treue Mitglieder im KV Offenburg

Nach einem positiven Rückblick, dem Kassenbericht, der Entlastung und der Neuwahl wurden die Gäste über aktuelle berufs- und gewerkschaftspolitische Themen informiert. Zuvor hatte in Vertretung des Polizeipräsidenten Ltd. PD Joachim Metzger sein Grußwort an die Versammlung gerichtet. Andreas Bix und Joachim Lautensack konnten zahlreiche Mitglieder ehren, deren Namen im POLIZEISPIEGEL veröffentlicht werden. ■

Erstmals fand nach der Polizeireform die Jahreshauptversammlung der DPolG Offenburg im Präsidiumsgebäude statt. Nachdem am gleichen Tag in Lahr das Kandidatentreffen der beiden Präsidien Freiburg und Offenburg stattgefunden hatte, war auch die DPolG-Mannschaft fast komplett nach Offenburg mitgezogen. Und so konnte der Vorsitzende Andreas Bix den Landesvorsitzenden Joachim

Lautensack, dessen Ersten Vize Ralf Kusterer, den Bezirksvorsitzenden Südbaden, Berndt Wittmeier, und Landesvorstandsmitglied Eberhard Wetzel begrüßen. Ebenfalls waren zahlreiche Kollegen aus dem benachbarten Kreisverband Rastatt/Baden-Baden/Bühl gekommen, die seit 1. Januar gemeinsam mit den Offenburger DPolG-Mandatsträgern für eine gute DPolG-Präsenz sorgen.

> Neuwahlen

Vorsitzender:	Andreas Bix
Stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Baum
Geschäftsführer:	Michael Heß
Schatzmeister:	Ralf Mättler
Frauenbeauftragte:	Tamara Mild
Tarifbeauftragte:	Christel Drotleff
Vertreter JUNGE POLIZEI:	Mathias Reitter
Schwerbehindertenvertreter:	Ralf Mättler
Beisitzer für bes. Aufgaben:	Thomas Wanzke
Kassenprüfer:	Patrick Schote und Simon Schmitt

Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Heilbronn

Im Vorfeld der Personalratswahlen hatte der Kreisverband Heilbronn seine Mitglieder zu einer Jahreshauptversammlung eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Polizeireform und die Auswirkungen auf das PP Heilbronn.

Mit vor Ort waren der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Ralf Kusterer sowie der stellvertretende Bezirksvorsitzende Nordwürttemberg Oliver Auras.

Gemeinsam mit dem Kreisverbandsvorsitzenden Uwe Ullrich



DPolG BaWü

> Uwe Ullrich, Dieter Erath, Ralf Kusterer (von links)

bereitete man einen Streifzug durch die Polizeireform auf. Die Berichterstattung in der

Heilbronner Stimme „Gewerkschafter lassen kein gutes Haar an Polizeireform“ war

umfassend und rief zur Gendarstellung der Polizeiführung auf. Diese musste letztendlich zugestehen, dass es an Personal fehlt. Ullrich machte dabei deutlich, dass es nicht darum ginge, Gegenpositionen zur Dienststelle oder der Polizeiführung aufzumachen, sondern vielmehr um die gemeinsame Vertretung der Beschäftigten und das vereinte Ziel zur „Gewährung der Sicherheit“. Ziel müsse es sein, uneingeschränkt ein „Mehr“ an Bürgersicherheit und ein „Mehr“ an Beschäftigtenzufriedenheit zu erreichen. ■



Tarif-Demo am 11. März 2015 in Stuttgart

Tarifbeschäftigte, Beamte und Pensionäre demonstrierten Solidarität

Knapp 3 000 Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, darunter über 500 Teilnehmer/-innen aus der Polizei, haben am 11. März 2015 bei ihrem Protestmarsch durch die Stuttgarter Innenstadt der Tarifforderung nach 5,5 Prozent mehr Geld lautstark Nachdruck verliehen.

Bei der Auftaktveranstaltung in der Lautenschlagerstraße begrüßte Martin Schuler, DPoIG-Landesvorstandsmitglied und Vorsitzender des BBW-Arbeitnehmerausschusses, besonders die Polizeiteilnehmer/-innen. „Rund 450 der mehr als 3 500 Tarifbeschäftigten haben einen befristeten Arbeitsvertrag und bangen tagtäglich um ihre Zukunft, manche schon seit mehr als zehn Jahren – das ist ein Skandal. Noch, noch, haben wir einen sozialdemokratischen Innenminister. Ich erinnere an dieser Stelle an den Sozialdemokraten und Nobelpreisträger Willi Brandt. Willi Brandt sagte einmal, dass der Begriff Freiheit auch die Freiheit von materieller Not umfasse. Herr Innenminister, erinnern Sie sich an Willi Brandt und kommen Sie seinem Leitsatz nach.“

Bei der Abschlusskundgebung auf dem Schlossplatz sagten dann BBW-Chef Volker Stich und der dbb Verhandlungsführer Willi Russ, was Sache ist: Nach zwei ergebnislosen Verhandlungsrunden demonstrierten Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte Solidarität. Sie ließen die Verhandlungsführer wissen, dass sie bereit sind zu kämpfen. Der baden-württembergischen Landesregierung zeigten sie auf, wo deren Grenzen sind.



DPoIG BaWü (13)





Während dbb Vize Willi Russ an die öffentlichen Arbeitgeber appellierte, den Beschäftigten Einkommenssteigerungen zu zahlen, die die Lücke zu den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen schließen, ging sein Kollege aus der dbb Leitung, BBW-Chef Volker Stich, auf Konfrontationskurs. Er hielt der Politik, insbesondere aber den Herren „Kretschmann, Schmid und Co“ vor, dass sie bis heute den Zusammenhang von der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und der leistungs-

gerechten Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht begriffen hätten. Mahnend forderte er, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben und stattdessen dafür zu sorgen, dass der öffentliche Dienst weiterhin attraktiv und leistungsfähig bleibt. Stich warnte die Landesregierung davor, die Übernahme des Tarifiergebnisses auf Beamte erneut um bis zu zwölf Monate zu verzögern. Denn dann wäre die Grenze der Verfassungsmäßigkeit erreicht, wenn nicht gar überschritten. ■



Interview mit Susanne Hauth, Geschäftsführerin und Justiziarin beim BBW – Beamtenbund Tarifunion

Altersdiskriminierende Besoldung/ Senioritätsprinzip in der Bezahlung

Redaktion:

Frau Hauth, der BBW hat sich umfassend mit dem Thema altersdiskriminierende Besoldung befasst.

Susanne Hauth:

Ja, die juristische Aufarbeitung von höchstrichterlichen Entscheidungen zählt neben geplanten Rechtsänderungen in Baden-Württemberg mit zu den Schwerpunktaufgaben der juristischen Abteilung des BBW.

Redaktion:

Altersdiskriminierende Besoldung klingt ja schon recht spannend, aber auch irgendwie nebulös. Worum geht es denn dabei überhaupt?

Susanne Hauth:

Angefangen hat eigentlich alles beim Europäischen Gerichtshof (EuGH). Der EuGH hatte auf der Grundlage einer Europäischen Richtlinie mit einem Urteil vom 8. September 2011 – und nachfolgend das BAG am 10. November 2011 – entschieden, dass die alte BAT-Vergütung nach Lebensalter rechtswidrig sei. Die Arbeitgeber mussten Vergütung aus der höchsten Stufe zahlen. Dann stellte sich natürlich die Frage, ob das bei Beamtinnen und Beamten auch so ist. Am 19. Juni 2014 hat der EuGH auf Vorlagebeschlüsse des Verwaltungsgerichts Berlin dann entschieden, dass die Bemessung des Grundgehalts nach Lebensalter in Berlin eine Altersdiskriminierung darstellt. Das Bundesverwaltungsgericht hatte dann mit Urteilen vom 30. Oktober 2014 festgestellt, dass die Besoldung nach Lebensalter eine Altersdiskriminierung darstellt und Beamte

unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Entschädigung haben, wenn ihre Besoldung entgegen europarechtlichen Vorgaben allein von ihrem Lebensalter abhing. Also das, was man früher mal als sogenannte Dienstaltersstufen bezeichnete.

Redaktion:

Das hört sich nach mehr Geld oder Entschädigung an?

Susanne Hauth:

Zunächst schon. Aber so einfach ist das wiederum auch nicht. Manche hofften, dass sie einen Anspruch auf eine Einstufung in eine höhere oder gar höchste Dienstaltersstufe haben. Das ist aber nicht der Fall. Nach den Gerichtsurteilen, die leider erst vor wenigen Wochen veröffentlicht wurden, kann man im Falle der Geltendmachung (Antrag) bis zum 8. November 2011 nur noch höchstens von einem Anspruch auf pauschale Entschädigung in Höhe von 100 Euro monatlich ausgehen. Dieser stützt sich auf § 15 Abs. 2 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Aber dies dann auch nur bis zum Inkrafttreten einer europarechtskonformen besoldungsrechtlichen Neuregelung.

Redaktion:

Was bedeutet das für die Beamten in Baden-Württemberg?

Susanne Hauth:

Nun ja, es besteht grundsätzlich ein Entschädigungsanspruch für Beamte, wenn entsprechende Anträge auf altersdiskriminierungsfreie Besoldung gestellt wurden. Der Entschädigungsanspruch unterliegt dabei der

dreijährigen Verjährungsfrist. In Baden-Württemberg gab es im Besoldungsrecht nach der alten Fassung bis 31. Dezember 2010 diese Dienstaltersstufenregelung. Ab 1. Januar 2011 bestimmt sich der Aufstieg in den Stufen nach Zeiten mit dienstlicher Erfahrung. Ein Entschädigungsanspruch könnte in Baden-Württemberg somit für den Zeitraum ab Inkrafttreten des AGG Mitte August 2006 bis Ende Dezember 2010 in Betracht kommen.

Redaktion:

Können alle Beamte in Baden-Württemberg dann mit Nachzahlungen rechnen?

Susanne Hauth:

Nein, leider nicht. Ein Anspruch besteht nur dann, wenn er rechtswirksam geltend gemacht worden ist. Dies ist nach dem AGG dann der Fall, wenn er innerhalb von zwei Monaten schriftlich erhoben wurde. Dabei beginnt die Frist zu dem Zeitpunkt, in dem der Betroffene von der Benachteiligung Kenntnis erlangt hat.

Redaktion:

Und wann war dieser Zeitpunkt?

Susanne Hauth:

Nach den Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts ist die entscheidungserhebliche Rechtslage durch die Verkündung des Urteils des EuGH am 8. September 2011 geklärt worden. Die Ausschlussfrist beginnt danach mit Erlass des oben genannten Urteils des EuGH am 9. September 2011 um 0 Uhr und endete am 8. November 2011 um 24 Uhr.



DPoIG Bawü

Susanne Hauth, 49, ist Rechtsanwältin und seit 1997 Justiziarin und Geschäftsführerin beim BBW – Beamtenbund Tarifunion in Stuttgart. Vor dem Jurastudium im Tübingen hat sie während der Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst in Balingen die Verwaltung von innen kennengelernt und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg mit dem Abschluss Diplom-Verwaltungswirtin (FH) studiert. Susanne Hauth ist Expertin im öffentlichen Dienstrecht, ehrenamtliche RichterIn beim Landesarbeitsgericht und Mitglied im Landesschulbeirat. Sie lebt mit ihrer Familie am Rand des Schönbuchs in Pliezhausen und liebt Krimis, Sport und Reisen. Aktuell ist sie als Referentin bei Personalratenschulungen unterwegs – auch für DPoIG-Mitglieder.

Redaktion:

Also wer nach dem 8. November 2011 einen Antrag gestellt hatte, der kann mit keiner Entschädigung rechnen?

Susanne Hauth:

Richtig. Wurde ein entsprechender Antrag auf Entschädigung erst nach diesem Zeitpunkt gestellt und hat das entsprechende Bundesland – wie dies in Baden-Württemberg zum 1. Januar 2011 der Fall ist – die Besoldungsgesetze bereits europarechtskonform umgestellt, muss danach davon ausgegangen werden, dass keine Entschädigungsansprüche bestehen. Also kurz formuliert, nur wer bis zum 8. November 2011 einen Antrag gestellt hatte, kann und darf aus heutiger Sicht hoffen.

Redaktion:

Ist das nicht etwas merkwürdig, dass man erst jetzt mit der doch späten Veröffentlichung



DPoIG-Wonneproppen: Web-Sieger des Jahres 2014

Aus allen Wonneproppen-Monatsiegern des letzten Jahres haben unsere Leserinnen und Leser den „Wonneproppen des Jahres 2014“ gewählt.

Die kleine **Mia Paul** hat die meisten Klicks erhalten und ist Web-Sieger des Jahres 2014.

Herzlichen Glückwunsch an das Web-Sieger-Baby Mia Paul und an die Eltern, welche bei der DPoIG ein Präsent gewonnen haben.

Foto: DPoIG BaWü



Mia Paul +++ 23/4/2014 +++ 2770 g
+++ 52 cm

der Urteile erst richtig die Antragsfristen erkennen konnte?

Susanne Hauth:

Ja, das ist schon richtig. Wir können leider nur die juristische Beurteilung vornehmen. Juristische Ratschläge kann man aber nur dann geben, wenn man den gesamten Sachverhalt mit der konkreten Rechtsprechung kennt. Diese war damals sehr uneinheitlich. Ich könnte mir vorstellen, dass gerade die Polizeikolleginnen und -kollegen es oft auch in ihrem täglichen Dienst erleben, dass Rechtsprechung und Gesetzgebung nicht immer dem entsprechen, was man

selbst urteilt oder als gerecht empfindet. Dazu gehören auch manchmal die Formen und Fristen.

Redaktion:

Herzlichen Dank für das Interview und die knappe und deutliche Zusammenfassung zu dem Thema. Und herzlichen Dank an dieser Stelle einmal für die tolle Unterstützung durch die BBW-Rechtsabteilung. Es ist gut, wenn man solche Profis an seiner Seite weiß.

Das Interview mit Susanne Hauth führte der Erste Stellvertretende Landesvorsitzende Ralf Kusterer. ■

Fit for Test – ein voller Erfolg!!



DPoIG BaWü (5)

> Jürgen Engel verkündet gute Tipps.

Wenn das Team Engel und Kusterer eine Idee verwirklicht, dann hat das immer Hand und Fuß. Kaum waren die Termine bekannt gegeben, kamen

unzählige Rückmeldungen. Innerhalb weniger Stunden verzeichneten wir 35 Anmeldungen. Kollegen nehmen weite Anfahrtswege auf sich. Es herrscht hohe Aufmerksamkeit. Die Teilnehmer/-innen kleben teilweise an den Lippen. Das, was die beiden zu berichten haben, ist top. Eine von Landesvorstandsmitglied Jürgen Engel erstellte CD ist heiß begehrt. Schon nach wenigen Minuten wissen die Teilnehmer/-innen, dass Engel absolut in der Materie steckt und dessen Tipps und Tricks sich wirklich mit dem Prädikat „aus der Praxis für Euch für die Praxis“ umschreiben lassen. Rahmen-



bedingungen, Zulassungsvoraussetzungen, Quoten, Chancen, Perspektiven und die klare gewerkschaftspolitische Aussage, da ist Ralf Kusterer in seinem Element. Toll, dass diese Veranstaltungsreihe jetzt auf ganz Baden-Württemberg ausgedehnt wurde, so die einhellige Meinung der Teilnehmer/-innen: „Prädikat wertvoll“. ■

> DPoIG Polizeispiegel | April 2015



Wonneproppen-Kandidaten April 2015

Heute stellen wir Ihnen die Kandidaten zur Wahl des Wonneproppens im Monat Mai 2015 vor, die ihre Bewerbung bis zum Redaktionsschluss eingereicht haben. Bitte stimmen Sie unter www.dpolg-bw.de ab und wählen Sie den DPoIG-Wonneproppen des Monats April 2015. Den Web-Sieger stellen wir jeweils in der folgenden Ausgabe des POLIZEISPIEGELS vor. ■



Levi Rentschler +++ 2/8/2014 +++
2870 g +++ 53 cm



Amy Marie Hanke +++ 21/10/2014
+++ 3240 g +++ 52 cm



Emilian Weimer +++ 6/9/2014 +++
3780 g +++ 52 cm

Fotos: DPoIG BaWü

Jahreshauptversammlung DPoIG Konstanz im „Arlener Gems“



DPoIG BaWü (2)

> Vorsitzender Andreas Herzog bei seiner Rede.

Zahlreiche Mitglieder folgten der Einladung zur Jahreshauptversammlung 2014 in die Gaststätte „Arlener Gems“. Kreisvorsitzender Andreas Herzog konnte neben dem DPoIG-Landesvorsitzenden Joachim Lautensack auch die KV-Vorsitzenden aus Sigmaringen, Klaus Stephan und aus dem Bodenseekreis Claudius Krapf sowie den amtierenden Personalratsvorsitzenden und Vorsitzenden im KV Ravensburg Siggie Traub

begrüßen. Die Strukturreform zog sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung und so stellte der Kreisvorsitzende die Kooperation der Kreisverbände KN/RV/Bodenseekreis/SIG dar. Diese Kooperation ist heute im PP Konstanz ein fester Bestandteil.

Zahlreiche Ehrungen konnten im Anschluss durchgeführt werden. Danach folgte die lang erwartete Rede des Landesvor-

Bei den anstehenden Wahlen wurden gewählt:

Vorsitzender	Andreas Herzog
Stellv. Vorsitzender	Harry Schwer
Geschäftsführer	Manuel Seidel
Schatzmeister	Dirk Vairo
Beisitzer KN	Franz Bromma, Marian Mink, Julian Brühl
Beisitzer Singen	Peter Mutter, Harry Schwer
Beisitzer Radolfzell	Christof Zöller, Norbert Fahr
Beisitzer Stockach	Markus Buhl
Beisitzer Wasserschutz	Hans-Georg Altrichter
Beisitzer Verkehrskommissariat	Dirk Vairo
Tarifbeauftragte	Uschi Martin, Karina Metzger
Frauenbeauftragte	Britta Weber, Nicole Schwegler
Vertreter JUNGE POLIZEI	Marian Mink, Julian Brühl
Kassenprüfer	Nicole und Michael Nachtigall

sitzenden Jogi Lautensack zur aktuellen Lage. Ein in bekannter Manier vorgetragener Beitrag, in dem nicht nur die geplanten oder bereits vollzogenen Einschnitte im Bereich der Versorgung scharf kritisiert wurden, sondern auch die Situation bei den Tarifbeschäftigten, die Beamtenversorgung und Arbeitszeitverordnung neben den aktuell laufenden Personalratswahlen ein Thema waren. ■

